

Eröffnungsrede zur MedienSommerAkademie

„Politischer Journalismus: Wofür stehst Du?“

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde der Friedrich-Ebert-Stiftung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Nachwuchsjournalisten und alle die, die es werden wollen: **Herzlich willkommen hier in Bonn bei der MedienSommerAkademie!**

Das Thema „Politischer Journalismus: Wofür stehst Du?“ ist vielleicht nicht ganz so freundlich zur Begrüßung von Gästen hier bei uns.

Vielleicht sollte ich zum Einstieg sagen, wofür wir als Friedrich-Ebert-Stiftung stehen. Später finden wir vielleicht heraus, inwieweit politische Stiftungen und politischer Journalismus etwas miteinander zu tun haben, wo die Verbindungslinien sind und warum wir so etwas wie eine MedienSommerAkademie machen.

Ich richte meinen Blick auf die zwei Bilder, die hier hängen. Auch wenn Sie alle recht jung sind, denke ich doch, dass die Personen bekannt sind: rechts **Friedrich Ebert**: er gab das Vermächtnis, eine Stiftung zu gründen; und von diesem Friedrich Ebert, der übrigens der erste deutsche demokratisch gewählte Reichspräsident in der ersten deutschen Republik war, stammt der einfache Satz: „**Demokratie braucht Demokraten**“.

Das klingt banal, aber wenn man es sich ein bisschen durch den Kopf gehen lässt, bedeutet er viel. Für Ebert bedeutete er: die gesamte politische Erfahrung mit dieser ersten Weimarer Republik, die ja bekanntlich in der größten und grausamsten deutschen Diktatur einmündete, im Nationalsozialismus. Aus diesem Vermächtnis haben wir als Ebert-Stiftung für uns als Kernaufgabe definiert, dass wir **Demokratie fördern** wollen, national wie international.

Auf dem Bild weiter links sehen wir **Willy Brandt**: den muss ich sicherlich nicht weiter vorstellen. Willy Brandt wurde einmal als Vorsitzender der SPD folgendes gefragt: Die SPD habe ja drei Grundwerte: **Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität**. Welcher davon sei denn der wichtigste? Brandt hat eine Weile überlegt, sprach dann von der prinzipiellen Gleichrangigkeit dieser Grundwerte, aber irgendwann sagte er:

„Also wenn ich es mir recht überlege: die Freiheit; das ist doch das Wichtigste. Sie ist die Basis für alles. Sie ist nicht das Sahnehäubchen oben drauf in einer Demokratie, sondern die Freiheit ist die Grundlage für alles.“

Von dieser Betrachtung Brandts ausgehend, möchte ich Ihnen eine kleine Anekdote erzählen, die die wenigsten kennen: Willy Brandt sammelte politische Witze! Sie sind sogar irgendwann in einem Taschenbändchen herausgegeben worden. Immer wenn Brandt ein Essen oder einen Staatsbesuch hatte oder bei einem Empfang weilte, bei dem politische Witze erzählt wurden, dann notierte er sich diese, unter Umständen sogar auf Servietten. So zum Beispiel den aus der Zeit als die Sowjetunion noch unter kommunistischer Herrschaft existierte.

Damals gab es dort viele Juden, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten, weil sie die Sowjetunion verlassen wollten. Viele von ihnen erhielten daraufhin Besuch von ‚Vertretern mit großen Hüten und langen Mänteln‘ - dem KGB.

Und so geschah es auch einem Moskauer Juden: Nachts um vier schellten drei Herren an der Haustür, die Einlass begehrten. Er fragte: „Wer ist da? Worum geht’s? Es ist vier Uhr nachts und ich schlafe!“ Sie antworteten: „Wir sind von der Post, lassen sie uns rein!“ Er ließ sie eintreten und es war schnell klar, wer die Herren waren. „Sie haben aus der Sowjetunion einen Ausreise-Antrag gestellt. Gibt es etwas zu klagen, haben sie keine Arbeit?“ „Doch“, sagte der Mann, „ich habe Arbeit“. - „Ja, haben sie keine Wohnung? Warum wollen Sie die Sowjetunion verlassen?“ - „Ich habe auch eine Wohnung.“ - „Na also, und haben Sie nicht genug zu essen?“ – „Doch, ich habe auch genug zu essen“, antwortete er. Dann fragten die Männer: „Ja, jetzt sagen Sie, was haben Sie eigentlich zu klagen, dass sie hier die Sowjetunion verlassen wollen?“ Und dann sagte der Mann: „Bitteschön, ich möchte in einem Land leben, wo ich klagen darf. Und ich möchte gern in einem Land leben, wo die Post nicht nachts um vier zugestellt wird.“

Das war einer dieser Witze, die Willy Brandt notierte. In ihm wird deutlich, was gemeint ist, wenn Brandt sagte, die **Freiheit** ist das Wichtigste.

Freiheit verbindet sich mit drei Fragen: **Frei von was?** Frei für persönliche Entfaltung und Entwicklung. Aber - und nun kommt das, was ich anfangs sagte, für was die Friedrich-Ebert-Stiftung steht: **Frei durch was?** Das ist auch immer eine Frage, die man beantworten

muss! Frei von Unterdrückung, bürgerliche Rechte, Wahlrecht, Versammlungsrecht, Meinungsfreiheit usw., ich will hier nicht den Grundrechte-Katalog runterbeten. Frei durch gleiche Chancen, frei durch Teilhabe, auch soziale Teilhabe, wirtschaftliche Teilhabe, kulturelle Teilhabe und gleiche Chancen für diese Teilhabe, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Rasse, Religion und vieles mehr.

Das macht aus, was die Friedrich-Ebert-Stiftung und die ihr nahe stehende Partei SPD als Soziale Demokratie versteht: Soziale Demokratie im Unterschied zu einer rein libertären Demokratie, die sagen würde: Es reicht doch, wenn wir die Bürgerfreiheiten haben. Damit kann doch jeder machen, was er will, jeder ist seines Glückes Schmied. Aber das ist die **Leitidee** unserer Arbeit in der Friedrich-Ebert-Stiftung: **Soziale Demokratie**.

Demokratie ist inzwischen ein heiß diskutiertes Feld. Wir hatten von unserer Politischen Akademie in der letzten Woche in Berlin einen zweitägigen **Kongress**, der sich mit der Frage **„Krise der Demokratie?“** beschäftigt hat. Und wenn man sich mal all die Fragen noch einmal in Erinnerung ruft, die dort Thema waren, müsste man eigentlich noch mal einen Bogen schlagen zur Demokratie in anderen Teilen der Welt.

Wir haben hier geschrieben ‚SommerAkademie‘. Bei Sommer denkt man vielleicht auch schon an Urlaub. Bei Urlaub denken viele vielleicht ans Mittelmeer. Millionen werden da wieder hinfahren und je nachdem, wo man dort sein wird, kann man sich gut vorstellen, dass hinter dem Horizont, sprich Nordafrika, Vorderasien in diesen Tagen Menschen

bestialisch gefoltert werden, ins Gefängnis geworfen werden, getötet werden, weil sie nicht anderes tun, als auf die Straße zu gehen und Demokratie zu fordern, Freiheit zu fordern, zu sagen ‚wir wollen nicht mehr von dieser oder jener Clique regiert, beherrscht und unterdrückt werden.‘ Und sie bringen für diese Demokratie ihr Leben ein, sie riskieren das.

Ich glaube, wir müssen uns das in Deutschland gelegentlich in Erinnerung und ins Bewusstsein rufen - aus vielerlei Gründen. Auch wenn wir darüber nachdenken, wie es mit unserer Demokratie hier im Inland steht. Wir diskutieren hier in Deutschland über die Krise der Demokratie, ihre Gefährdungen, über die Ermüdung von Demokratie oder aber auch über ihren Formwandel. Der **englische Politologe Colin Crouch** formuliert bereits die Perspektive einer **Postdemokratie**, in der es formal noch einen Regierungswechsel durch Wahlen gibt, aber die inhaltlich vollkommen entleert sind. Über diese Fragen haben wir letzte Woche in Berlin gesprochen. In dem komplexen Fachkongress haben wir sehr intensiv diskutiert und dabei Fragen angesprochen, wie beispielsweise die grundsätzlich sinkende Wertschätzung der Demokratie. In Deutschland sagen zwar immer mehr Menschen, dass sie diese Grundordnung im Prinzip bejahen, aber sie glauben nicht mehr daran, dass diese Ordnung in der Lage sei, grundsätzliche Probleme zu lösen. Wir haben eine zunehmende Akzeptanz - insbesondere in europäischen Nachbarländern - von rechtspopulistischem Gedankengut. Wir haben in Deutschland eine sinkende Wahlbeteiligung, registrieren eine Entfremdung zwischen Parteien und Bürgern, sprechen von einer Krise der Volksparteien, ausgedrückt in Mitgliederschwund und der

zurückgehenden Fähigkeit milieuübergreifende Integrationsleistung zu erbringen.

Aber wir registrieren gleichzeitig an vielen Stellen wachsendes demokratisches Engagement wie Bürgerbeteiligung, Bürgerprotest, die Bereitschaft sich in Bürgerentscheiden zu engagieren, mitzumachen. So dass sich die Frage stellt: **Was erleben wir zur Zeit: eine Krise der Demokratie oder ein Formwandel der Demokratie?** Das heißt, das Spannungsverhältnis zwischen parlamentarischer Demokratie und neuen Formen der demokratischen Mitwirkung ist angesprochen und muss meines Erachtens in dem Dreieck von Parteiendemokratie, direkter Demokratie und parlamentarischer Demokratie neu ausbalanciert werden.

Wir können sprechen von einer Akzeptanzkrise, von einer Partizipationskrise, aber auch von einer Repräsentationskrise, weil wir auch feststellen, dass bestimmte Milieus im unterem soziologischen Drittel der Gesellschaft überproportional überhaupt nicht repräsentiert sind und an Wahlen nicht teilnehmen oder sich auch nicht mehr repräsentiert fühlen. Ich glaube wir können aber auch von einer Performanz-Krise der Politik sprechen, das heißt, die Differenz zwischen Sagen und Tun. An der Stelle können wir, glaube ich, bald die Brücke zu unserem Mediensystem schlagen. Man könnte auch noch über eine Glaubwürdigkeitskrise reden.

Insgesamt mündet alles in eine **Krise des Vertrauens in Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern** ein. Eine **Krise des Vertrauens in institutionalisierte Politik.**

Letzte Woche gab es eine aufgeregte Meldung in den Printmedien auf Grund einer Studie der Gesellschaft für Konsumforschung: Es ging um **das Ansehen von Berufen**. Man hat die Menschen gefragt, wie sie die verschiedenen Berufsgruppen in Hinsicht auf Vertrauen bewerten. Zwanzig Berufsgruppen wurden angeboten. Auf Platz eins rangieren die Feuerwehrleute. Die Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen genießen mit 98% die höchste Vertrauensquote. Von hundert Befragten sagen neunzig: Der Feuerwehr vertraue ich auf jeden Fall. Die **Politiker rangieren auf Platz zwanzig**. Nur neun von hundert Befragten sagen, dass sie Politikern Vertrauen entgegen bringen. Und jetzt können sie mal raten, und vielleicht haben einige von Ihnen diese Veröffentlichung auch gelesen, auf welcher **Position die Journalisten** rangieren? Möchte jemand einen Tipp abgeben? **Platz sechzehn**. Das bedeutet vierundvierzig von hundert würden auch Journalisten vertrauen. Interessant fand ich, dass immer noch sieben von hundert bereit sind Bankern zu vertrauen. Also: **Journalisten und Politiker vor Bankern!**

Das gibt mir nun die Gelegenheit die Brücke zu schlagen zu dem Verhältnis von Demokratie, Politik und unserem Mediensystem.

Ich denke, dass Mitverantwortliche in Politik und Wirtschaft wie Journalisten immer wieder an ihre **Verantwortung für die demokratische Gesellschaft** erinnert werden müssen. Sie sollen sich immer wieder fragen, wie sie dieser Verantwortung angesichts eines schwierigen gesellschaftlichen Wandels gerecht werden können. Das ist vielleicht einer der Gründe, warum wir uns als Ebert-Stiftung so intensiv mit der Berufsgruppe der Journalisten befassen.

Die Wechselwirkung von Politik und Medien ist heute ganz besonders bestimmt durch **Geschwindigkeit** und **Unterhaltung**. Die Umschlagsgeschwindigkeit ist atemberaubend und das Storytelling, der Unterhaltungswert oder die Dramatik einer Geschichte ist für die Auswahl von Nachrichten oft wichtiger als der Inhalt selbst. Das kann ich aus eigener Beurteilung ganz gut bestätigen.

Wir haben uns vor ein paar Wochen in Berlin mit Hauptstadtjournalisten so genannter ‚Qualitätsmedien‘ unterhalten. Die Frage an Sie war, was denn aus ihrer Sicht ausschlaggebende Erfolgskriterien sind, damit über die Arbeit der Ebert-Stiftung in den Hauptstadtmedien stärker berichtet wird.

Dazu hat uns ein Hauptstadtjournalist eines, wie ich immer noch finde sehr seriösen Printmediums, gesagt: Die Hauptstadtjournalisten interessiert nur Politics, also die **Machtfragen: Wer hat die Macht? Wer kriegt die Macht?** Das ist der Stoff für die Hauptstadtjournalisten. Wenn sie Policy-Themen haben, Inhalt, Problemlösungen, Reflexionen und so weiter, dann gucken sie mal, sagte der Journalist weiter, ob sie einen Redakteur im Stammhaus in den Fachressorts finden. Der nimmt das vielleicht ‚auf Lager‘ und wenn er es gebrauchen kann, baut er es ein.

Wir haben dann letzte Woche diesen zweitägigen Demokratiekongress gemacht, mit zwölf verschiedenen Panels; eine relativ komplexe Geschichte, viel Wissenschaft, Politik, Praxis der politischen Bildung, Politikvertretern und ich denke, dass dort phasenweise sehr anspruchsvolle Debatten geführt wurden.

Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen etwas dazu in der Medienberichterstattung gefunden hat?! Ich kann es verraten: Es gab eine einzige Meldung. Die war ein schöner Artikel in der taz. Das könnte aber auch damit zu tun gehabt haben, dass wir die Chefredakteurin der taz, Frau Ines Pohl, auf einen der Panels als Moderatorin eingesetzt haben. Darüber will ich nicht weiter spekulieren. Wir haben uns sonst über die inhaltliche Berichterstattung sehr gefreut. Bei den anderen war nichts zu finden.

Als Ebert-Stiftung verleihen wir einmal im Jahr einen Preis, den **„Preis des politischen Buches“**. Den haben wir dieses Jahr an **Peer Steinbrück für sein Buch „Unterm Strich“** verliehen. Diese Auswahl trifft eine unabhängige Jury von Buchhändlern und Bibliothekaren. Diese Jury hat Ende Januar diese Entscheidung getroffen und die Preisverleihung findet traditionell in der Mitte des Jahres statt.

Wenn Sie in den letzten Tagen so durch die Online-Medien gegangen sind, durch die Printmedien, dann werden Sie überall Seiten finden über diese Veranstaltung. Aber nicht etwa, weil Peer Steinbrück dieses Buch geschrieben hat, welche Thesen er in seinem Buch vertritt oder meinetwegen auch die kontroversen Debatten, die durch dieses Buch ausgelöst werden, sondern das einzige Webmuster, das allen Beiträgen gleich ist, ist **die ‚K-Frage‘: Will er nun Kandidat werden oder nicht?** Und wenn ja, was für Verwerfungen oder was für Spannungen wird das in der SPD auslösen oder auch nicht? Das war genau die Nagelprobe, die jener Hauptstadtkorrespondent ansprach: Wenn sie in die Nähe der **Machtfragen** kommen, dann werden sie immer Leute finden, die daraus eine Story machen und berichten wollen.

Die Politik hat sich auf diese Veränderung längst eingestellt. Alle Politiker wissen, dass die **Inszenierung politischer Inhalte** deren wahrgenommene Bedeutung steigert. Man weiß um die Macht von Bildern und der strategischen Bedeutung einer telegenen Präsentation im Fernsehen. Politik ist stärker auf Medien angewiesen als umgekehrt und entscheidet darüber, was die Öffentlichkeit als relevantes Problem empfindet. Oftmals sind Politiker die Getriebenen. Das muss nicht heißen, dass sie diesen Fall bedauern und nicht auf dieses Spiel selbst eingehen. Medien fokussieren ein Problem, Politiker sollen die Lösung formulieren. Für den Transport ausgewogener Argumente bleibt wenig bis gar keine Zeit. **So bleibt das eigentlich Politische in den Medien oft unsichtbar. Der Verlierer in dem ganzen Spiel ist eine aufgeklärte öffentliche Meinung.**

Was bedeutet es jedoch für die politische Kommunikation, wenn ein einziges Statement eines Ministers ausreicht, wie wir das zur Zeit erleben, um massive Spekulationsbewegung zu Lasten ganzer Volkswirtschaften, ganzer Währungen in Gang zu setzen?

Hier ist grundsätzlich zu fragen, ob der Primat der Politik gegenüber der Ökonomie noch besteht. Und da unser Thema ja heißt „Politischer Journalismus: Wofür stehst Du?“, möchte ich sagen: kritische Analyse, gesellschaftliche Machtstrukturen und Selbstreflektion im Mediensystem sind Voraussetzung für die Bewältigung neuer Herausforderungen angesichts eines wachsenden Verlustes von Ansehen und Vertrauen gegenüber den Eliten in Wirtschaft und Politik. Wenn allerdings auch Journalisten statt dem Verstehen der Politik die Politikverachtung fördern, was man nach meiner Beurteilung innerhalb der

Boulevardpresse prächtig besichtigen kann, leidet unsere politische Kultur und der Akzeptanz-Verlust von Demokratie schreitet voran. Daher sehe ich auch hier eine Verantwortung.

Den Medien kommt eine Schlüsselrolle im demokratischen Prozess zu. **Ohne den freien Zugang zu Medien und ohne Kompetenz im Umgang mit Medien, bleibt gesellschaftliche Teilhabe ein leeres Postulat.**

Hier liegt durchaus, finden wir, eine wichtige Aufgabe von politischen Stiftungen und das ist auch der tiefere Grund, weshalb wir vor einigen Jahren die **JournalistenAkademie** aufgebaut haben. Nicht weil wir primär der Auffassung sind, dass wir die besseren Ausbilder von Journalisten wären. Da gibt es ganz tolle, exquisite Institutionen und Einrichtungen, die Journalisten ausbilden. Aber in Form einer komplementären Ergänzung auch die **kritische Reflektion** zu fördern, sehen wir durchaus als unsere Aufgabe an, weil wir, wie gesagt, **Demokratieförderung** betreiben.

Nun klingt das wahrscheinlich alles sehr theoretisch, auch sehr idealistisch, weil die Wirklichkeit des journalistischen Berufs sich ja dramatisch verändert hat. Auch die, glaube ich, wird an diesem Wochenende unter verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet werden. Zum Berufsbild des Journalisten habe ich bereits vor zwei Jahren, als ich hier auch eine MedienSommerAkademie eröffnet habe, ein Zitat gebracht, dass ich nach wie vor so treffend finde, dass ich es noch einmal bringe. Vielleicht war vor zwei Jahren ja auch jemand hier und hat es behalten. Ein Zitat von **Heribert Prantl** von der Süddeutschen

Zeitung, der schrieb: „**Es besteht wie noch nie seit 1945 die akute Gefahr, dass der deutsche Journalismus verflacht und verdummt, weil der Renditedruck steigt; weil an die Stelle von sach- und fachkundigen, nicht von Interessengruppen bezahlten Journalisten immer öfter Produktionsassistenten für Multimedia gesetzt werden, wieselflinke Generalisten, die von allem ein wenig und von nichts richtig etwas verstehen. Aus dem Beruf, der heute Journalist heißt, wird dann ein multifunktionaler Verfüller von Zeitungs- und Webseiten.**“

Soweit Heribert Prantl. Ich glaube, wenn nachher das Podium hier zusammen treten wird und wenn die beiden Keynotes gesprochen sein werden, wird das, was Herr Prantl hier angedeutet hat, noch mal in einen größeren Zusammenhang gestellt und kann vor einem großen Praxishintergrund diskutiert und bewertet werden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, und damit komme ich nun zum Ende, möchte einen weiteren Beitrag zur **Förderung des journalistischen Nachwuchses** leisten, damit unabhängiger und qualitätsvoller Journalismus als wesentliches Element einer aktiven Demokratie eine Zukunft hat.

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dazu gehört, dass Sie, die sich für das Berufsbild des Journalismus entschieden haben oder dort bereits Fuß gefasst haben oder sich in diese Richtung orientieren wollen, nicht nur Handwerk lernen sondern auch über ihre zukünftige gesellschaftliche Verantwortung zu Ihrer Berufsrolle als Journalist oder Journalistin nachdenken.

Das klingt jetzt zugegeben recht pädagogisch, aber ich bin ja auch der Leiter einer Bildungsabteilung und darf deshalb auch mal etwas Pädagogisches sagen. Die Grundidee ist also hier wie es auf dem Flyer steht, dass aus jungen Journalisten keine Duckmäuser werden, sondern Journalisten des aufrechten Gangs.

Dass das alles extrem schwierig ist und die Bedingungen dazu unglaublich hart geworden sind, glaube ich, habe ich mit dem Prantl-Zitat auch angesprochen.

Ich möchte noch mal **Bernd Ulrich**, der oft in der ZEIT schreibt, zitieren, der sagt, „**Wir brauchen auch in den Medien mehr Politik-Versteher und weniger Politik-Verächter.**“

Wir bieten mit dem morgigen Tag in vielen Erzählcafés und in Workshops eine ganze Reihe von Qualifizierungsmöglichkeiten, Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch, aber auch zur Vernetzung, damit dieses Wochenende auch personell nachhaltig wirken kann.

Wir wollen damit auch ein bisschen Mut machen, in dieses wichtige und schwierige Berufsfeld zu gehen.

Abschließend möchte ich allen Mitwirkenden vorab herzlich danken für ihre Bereitschaft am Wochenende dabei zu sein. Ich möchte dem Vorbereitungsteam unter Leitung von Carla Schulte-Reckert ganz herzlich danken für die immense Arbeit, die so eine komplexe Workshop-Veranstaltung mit sich bringt und ich wünsche uns allen anregende Gespräche, einen guten Verlauf und alles Gute für Ihre berufliche Zukunft. Vielen Dank.